

Online-Pressekonferenz am 08.03.2024, 11:00 Uhr, Stuttgart

**Befragung von Lehrerinnen und Lehrern
an Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ)**

Durchgeführt durch den VBE Baden-Württemberg
Sprechzettel von Gerhard Brand, Landesvorsitzender

– Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrte Damen und Herren,

in diesen Wochen laufen die parteiübergreifenden Gespräche für einen Schulfrieden in Baden-Württemberg. Ausgerechnet die Schulart aber, die am stärksten unter den Folgen des Fachkräftemangels zu leiden hat, scheint dabei allenfalls eine untergeordnete Rolle zu spielen. Die Rede ist von den Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren, nachfolgend als SBBZen abgekürzt. Dabei hatte es sich die Landesregierung in ihrem Koalitionsvertrag auf die Fahnen geschrieben, die „Qualität von Inklusion und sonderpädagogischen Bildungsangeboten voranbringen“ zu wollen. Unsere heutige Umfrage wird zeigen, dass sie aus Sicht der Kolleginnen und Kollegen, die am SBBZ und in der Inklusion ihren Dienst tun, mit diesem Ziel krachend gescheitert ist.

Frage 1

Wir haben die Lehrkräfte eingangs gefragt, wie an ihrem SBBZ ganz allgemein die Stimmung des Kollegiums ist. Die Antworten fallen zwiegespalten aus: Während gut die Hälfte der Befragten von einer guten Stimmung berichtet, zeichnet die andere Hälfte ein schlechtes Stimmungsbild. Hierin spiegelt sich bereits die ganze Ambivalenz der aktuellen Arbeitssituation am SBBZ wider: Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen sehen in ihrer Arbeit eine hohe Sinnhaftigkeit und üben ihren Beruf grundsätzlich gerne aus. Gleichzeitig sehen sie sich aber mit gravierenden Missständen und einer drastisch gestiegenen Arbeitsleistung konfrontiert.

Frage 2

Mit 98 Prozent schätzen fast alle Befragten ihre aktuelle Arbeitsbelastung als hoch bis sehr hoch ein. Ein solch drastischer Wert führt uns unmissverständlich vor Augen, wie groß der Handlungsbedarf in der Sonderpädagogik ist.

Frage 3

Danach gefragt, was sie derzeit bei der Arbeit besonders belastet und beschäftigt, nennen die Lehrkräften am häufigsten:

- Eine zunehmende Anzahl von Kindern im Autismus-Spektrum (77 Prozent)
- Mehrarbeit und Vertretungen (71 Prozent)
- Eine hohe Heterogenität in der Schülerschaft (69 Prozent)
- Gesellschaftliche Entwicklungen und Erwartungen (58 Prozent)
- Zu große Klassen (53 Prozent)
- Eine überproportionale Belastung bei Teilzeit (48 Prozent)
- Elternarbeit (45 Prozent)
- Hohe Anzahl an Sitzungen und Konferenzen (41 Prozent)

Dazu kommen 166 Angaben im offenen Antwortfeld, die häufigsten Nennungen sind:

- Hoher Krankenstand und keine qualifizierte Krankheitsreserve
- Fehlendes Fachpersonal in Lehre und Pflege, dafür immer mehr Quereinsteiger ohne vorangegangene Fachausbildung
- Keine Doppelbesetzung in den Klassen
- Fehlende Differenzierungsstunden
- Mehr Aufbewahrung als individuelle Förderung
- Respektloses, herausforderndes, aggressives Verhalten von Schülern und Eltern
- Bürokratie und Verwaltungsarbeit (Berichte für Schulaufsicht, Kostenträger, Jugendamt, Sozialamt und medizinische Einrichtungen, Dokumentation, Förderplanung, bürokratische Sonderaufgaben als Klassenleitung etc.)
- Erstellung von Gutachten stark zugenommen
- Raumnot und Platzmangel, fehlende Differenzierungsräume

In den Antworten spiegeln sich vielschichtige Problemlagen wider. Als besonders herausfordernd empfinden die Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen die zunehmende Anzahl von Schülerinnen und Schülern im Autismus-Spektrum. Diese Schülerinnen und Schüler benötigen dringend einen höheren Personalschlüssel. Dieser ist derzeit allerdings bei den wenigsten SBBZen gegeben. Im Gegenteil: Wie zu Beginn des Schuljahres eine VBE-Umfrage zur Lehrkräfteversorgung aufgedeckt hat, sind die meisten SBBZen in Baden-Württemberg nur zwischen 60 und 90 Prozent versorgt und somit chronisch unterversorgt. Die eingesetzten Lehrkräfte müssen gleichzeitig die Personallöcher stopfen und eine zunehmend herausfordernde Schülerschaft unterrichten. Es entsteht eine permanente Überlastungslage, die zu immer mehr Krankheitsausfällen des Personals führt. Hierfür steht den SBBZen jedoch keine qualifizierte Krankheitsreserve zur Verfügung, wodurch abermals belastende Mehrarbeits- und Vertretungssituationen entstehen. Diese werden als zweitgrößter Belastungsfaktor genannt. Wie prekär die Lage ist, zeigt auch unser nächstes Frage-Item.

Frage 4

Wir haben die Lehrkräfte gezielt gefragt, wie der Ausfall von Kolleginnen und Kollegen an der eigenen Schule aufgefangen wird. Am häufigsten sagen zwei Drittel der Befragten, dass dies durch das Zusammenlegen von Klassen gelöst wird. Sie können sich vorstellen, wie schwer die Folgen dieser Maßnahme gerade an einem SBBZ wiegen – sowohl für die Schülerinnen und Schüler als auch für die Lehrkräfte.

Frage 5

Dementsprechend fordern die Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen bei der Frage nach einer möglichen Entlastung an erster Stelle eine echte Krankheitsreserve und eine deutlich bessere Grundversorgung mit Lehrkräften. Darüber hinaus nennen sie weniger bürokratischen Vorgaben sowie eine bessere Versorgung im Direktbereich, kleinere Klassen, geringere Deputate und externe IT-Administratoren. Rund ein Viertel der Befragten wünscht sich außerdem eine bessere Ausstattung in der Inklusion. Und rund jede fünfte Lehrkraft will in der Inklusion erst gar nicht zum Einsatz kommen. Warum dies so ist, zeigt das nächste Frage-Item.

Frage 6

Aus den Antworten geht zunächst hervor, dass sechs von zehn Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen in der Inklusion arbeiten. Acht von zehn dieser Lehrkräfte geben an, dass sie mit der Umsetzung der Inklusion unzufrieden sind. Damit zeigt sich, dass die derzeitige Umsetzung der Inklusion aus Sicht der Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen weitgehend missglückt ist. Dies wundert nicht, viele von ihnen werden gegen ihren Willen eingesetzt. Außerdem fehlt es an Teamstunden für die unerlässlichen Absprachen und Organisationsprozesse des Inklusionstandem aus SBBZ- und Regelschullehrkraft. Ebenso beklagt wird eine fehlende Begrenzung der Schuldienstorte, an denen die Inklusionskräfte eingesetzt werden, und dass es keine faire Anrechnung der Dienstfahrten gibt.

Frage 7

Neben der missglückten Umsetzung der Inklusion sorgt auch der Organisationserlass SBBZ für großen Unmut. Die seit diesem Schuljahr greifende Verwaltungsvorschrift des Kultusministeriums regelt die Unterrichtsorganisation und Zuweisung von Lehrkräften ans SBBZ neu. Fast drei Viertel der Befragten sagen, dass dadurch die Lehrkräfteversorgung an ihrem SBBZ schlechter geworden ist. Über die Hälfte der Befragten gibt außerdem an, dass der Erlass zu größeren Klassen geführt hat. Somit ist klar: Die ohnehin sehr kritische Personallage der SBBZen hat sich durch den Organisationserlass weiter zugespitzt.

Frage 8

Das nächste Frage-Item untersucht, ob der Digitalpakt auch an den SBBZen angekommen ist und wie sich die Arbeit durch den digitalen Ausbau verändert hat. Rund drei Viertel der Befragten geben an, dass ihr SBBZ mit digitalen Dienstgeräten für Lehrkräfte ausgestattet ist. Vier von zehn Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen arbeiten außerdem mit Smartboards. Auf der anderen Seite gibt es allerdings an 15 Prozent der SBBZen nur wenige oder keine digitalen Endgeräte für Lehrkräfte. Dies bestätigt, dass die Mittel aus dem Digitalpakt zwar an vielen, aber nicht allen SBBZen angekommen sind und dass es einen langfristigen, nachhaltigen und flächendeckenden Digitalpakt 2.0 braucht.

Fazit: Fragen 9 und 10

Fehlendes Fachpersonal in Lehre und Pflege, hohe Krankenstände infolge der Überlastung, keine qualifizierte Krankheitsreserve, zu viel Bürokratie, eine missglückte Umsetzung der Inklusion und oben drauf ein Organisationserlass, der die Arbeitssituation abermals

verschlechtert. An immer mehr SBBZen kann der Unterricht nicht mehr eingelöst werden - ein hart errungenes Bildungsrecht droht verloren zu gehen. Die Ernüchterung in der Sonderpädagogik mit Blick auf die Bildungspolitik ist groß. Jede zweite Lehrkraft am SBBZ und in der Inklusion bewertet die bildungspolitische Arbeit der Landesregierung als mangelhaft bis ungenügend. Lediglich zwei Prozent beurteilen die Bildungspolitik als gut oder sehr gut.

Doch die große Überraschung kommt zum Schluss: Aller Missstände zum Trotz würden fast zwei Drittel der Befragten ihren Beruf weiterempfehlen. Dies zeigt uns, dass Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen für ihren Beruf brennen. Sie haben diesen ganz bewusst gewählt, weil sie mit körperlich und geistig beeinträchtigten Kindern arbeiten und diese fördern wollen. Und genau das, muss man sie auch tun lassen. Man muss sie entlasten von Bürokratie, Verwaltungsarbeiten und Doppelbelastungen und man muss mehr qualifiziertes Personal in die Klassen bringen.

Der VBE fordert:

- Weiterer Ausbau der Studienkapazitäten, Wegfall des NC im Sonderpädagogik-Studium, bessere Aufstiegsmöglichkeiten für Fachlehrkräfte, umfassende Vorabqualifikation für Quereinsteiger.
- Entlastung durch Aufbau einer qualifizierten Krankheitsreserve, durchgehende Doppelbesetzungen in allen Klassen, wo es die Schülerschaft erfordert, angemessene Anrechnungen für Teambesprechungen, Diagnostik, Dokumentation, Beratung und Elterngespräche, Möglichkeit der Teilzeit unter 75 Prozent, externe IT-Administratoren sowie Abbau von Bürokratie und Verwaltungsvorschriften.
- Fokus auf die veränderte Schülerschaft: Mehr qualifiziertes Personal für die wachsende Zahl von Kindern im Autismus-Spektrum. Schulbegleitung in allen Förderschwerpunkten. Wo erforderlich, muss der Einsatz weiterer Fachkräfte möglich sein: Psychologen, medizinische Fachkräfte, Logopäden, Ergotherapeuten und Physiotherapeuten.
- Dringend notwendig: Evaluation der Ergebnisse der bisherigen inklusiven Beschulung.